

**FRANZISKA
HEINISCH**

**WIR
HABEN
KEINE
WAHL**

**EIN MANIFEST GEGEN
DAS AUFGEBEN**

BLESSING

FRANZISKA
HEINISCH

WIR
HABEN
KEINE
WAHL

**FRANZISKA
HEINISCH**

**WIR
HABEN
KEINE
WAHL**

**EIN MANIFEST GEGEN
DAS AUFGEBEN**

BLESSING

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich
auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage, 2021

Copyright © Franziska Heinisch und by Karl Blessing Verlag, München
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,

Neumarkter Str. 28, 81673 München

Herstellung: Ursula Maenner

Satz: Leingärtner, Nabburg

Druck und Einband: CPI books GmbH, Leck

Umschlaggestaltung: Das Illustrat, München

Copyright © Autorenporträt: Steffen Jänicke

Printed in Germany

ISBN 978-3-89667-711-2

www.blessing-verlag.de

INHALT

Von Ohnmacht, Angst und Hoffnungslosigkeit	7
Klima – die Katastrophe, die keine hätte werden müssen	19
Blick in den Abgrund: Warum wir einen »system change« brauchen	47
Wege aus den Krisen	101
Gegner*innen der Veränderung	141
Die Zukunft wählen? Die Parteien	155
Ein Update für die Demokratie? Für einen Machtwechsel von unten	189
Anleitung zum Aufstand – Wie wir Macht erlangen und Veränderung bewirken	201
Von Hoffnung, Mut und Aufbruch	245
Dank	251
Anmerkungen	255
Personenregister	287

VON OHNMACHT, ANGST UND HOFFNUNGSLOSIGKEIT

Häufig reden wir über Politik, als hätte sie nichts mit uns zu tun. Als wäre sie eine Angelegenheit der Vergangenheit oder der Zukunft – aber keine, die uns im Hier und Jetzt betrifft. Als wären politische Machtfragen Kämpfe, die fernab von uns stattfinden. Als wären wir nicht Teil von politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Entwicklungen. Von Krisen und den politischen Maßnahmen, mit denen auf sie reagiert wird.

Dabei kämpfen die allermeisten von uns jeden Tag. Ringen in ihrem Alltag um Halt und Wirksamkeit. Kämpfen gegen die Angst vor dem sozialen Abstieg, um die eigene Existenz. Kämpfen für Gerechtigkeit, für ihre Familie, für ihre Freund*innen, gegen Unterdrückung und für ein gutes Leben, für sich und für andere. Die wenigsten Menschen, denen ich begegne, sind gleichgültig. Im Gegenteil.

Die Ohnmacht ist das Schlimmste. Überall, wo ich hinsehe, sehe ich Baustellen. Und ich weiß nicht, wo ich anfangen soll. Ich fühle mich wirksam im Kleinen, ja. Aber im Großen nie, sagt N. am Frühstückstisch.

Sie blickt an mir vorbei aus dem Fenster. Ich frage mich, wie oft sie schon kurz davor war, einfach aufzugeben und es dann doch nicht getan hat. Und umgekehrt: Wie viele eigentlich kurz davor sind, anzufangen, sich mehr einzumischen und der eigenen Ohnmacht etwas entgegenzusetzen. Was es bräuchte, um die vermeintlich sichere Ausweglosigkeit ins Wanken zu bringen.

Wenn ich wüsste, jetzt, morgen passiert was, na klar, dann würde ich auf die Straße gehen. Aber irgendwie ist das alles so weit weg. Und mir geht es, auch wenn das ekelig klingt, ein bisschen zu gut, erzählt S.

Mit Sätzen wie diesen bauen wir künstlich Distanz auf zwischen uns und der Politik, zwischen uns und den ökonomischen Verhältnissen, zwischen heute und dem Zeitpunkt, an dem es zu spät sein wird, zu reagieren, zwischen der Politik und dem Privaten. Wir erhalten einen fiktiven Normalzustand aufrecht, den niemand erklären, genau definieren oder fühlen kann. Aber wer nicht benennt, wo das Normale aufhört, kann eben auch keine Aussage darüber treffen, wo die Krise beginnt, die der Anlass für den Kampf und für den Aufruf zum Handeln ist. Und so managen wir den implodierenden Normalzustand zu Tode, auf den Moment wartend, in dem wir einschreiten müssen.

Wir verpassen diese Momente, täglich, stündlich, minütlich.

B. sagt mir: Vor der nächsten Bundestagswahl sind meine Taschen gepackt. Das gibt mir ein Gefühl der Sicherheit, dass ich weggann, wenn ich muss.

Und: Ich habe Angst, dass meine Familie und ich nicht mehr sicher sind. Der Hass, der Rassismus ... Wo soll ich denn hin, wenn ich nicht hierbleiben kann?, berichtet wieder ein anderer. Ich schweige – weil mir nichts einfällt, was ich darauf antworten könnte. Das ist er also, dieser Normalzustand.

Viele haben vor dieser Normalität kapituliert, haben die Hoffnung auf Veränderung irgendwann für illusorisch erklärt. Diejenigen, die in den letzten Jahren alles darangesetzt haben, Veränderungen zu erkämpfen, mussten dafür ihre eigenen Grenzen immer und immer wieder überschreiten. Und die, die nicht in der privilegierten Situation sind, sich aussuchen zu können, ob sie politisch sein wollen, tun das erst recht. Weil ihre persönlichen

Grenzen ständig von anderen überschritten werden. Beispielsweise, weil sie wegen rassistischer Übergriffe und Anfeindungen in politische Konfliktsituationen geraten und damit nie »dem Politischen« entgehen, weil es bei politischen Konflikten schlicht und einfach um ihr Überleben geht oder weil ihr Körper, ihre Freiheit und ihr Lieben politisch verhandelt wird.

Ich kenne so viele, die in den letzten Jahren ausgebrannt sind. Mit diesem Gedanken im Kopf frage ich H., was das Bewusstsein über all das mit ihr macht. Sie setzte sich schon gegen die Klimakrise ein, lange bevor ich überhaupt etwas davon gehört habe. Und dabei sind wir gleich alt. Irgendwann wurde es ihr zu viel. *Das ist eine so unglaublich große Last auf meinen Schultern, und die werde ich nicht mehr los, nie*, sagt sie. Tage nach unserem Gespräch schreibt sie mir: *Unser Gespräch lässt mich nicht mehr los. Heute habe ich die Nachrichten angeschaut und musste mittendrin aufhören. Ich kann das nicht mehr. Alles in mir sträubt sich dagegen, mich dem weiter auszusetzen. Weil es mich zerreißt. Und trotzdem: Mein Gewissen zwingt mich dazu. Also werde ich wohl bald wieder anfangen, mich einzumischen.*

Manchmal übermannt die Realität uns. Ich glaube, fast jede*r von uns kennt solche Momente. A. und ich haben oft darüber gesprochen, aber häufig abstrakt statt konkret. Bis wir uns an einem Abend um kurz vor Mitternacht voneinander verabschieden und er eine Viertelstunde später wieder vor der Tür steht.

Ich komme gerade nicht so ganz mit der Situation klar, hat er mir zuvor in einer Nachricht geschrieben. Und dann versuchen wir, gemeinsam klar- und durch die Nacht zu kommen. Eine Nacht, in der keine Katastrophe stattgefunden hat – sondern »nur« mal wieder eine Wahl. Und ich erinnere mich an Momente als Teenagerin, in denen ich nach den ersten Wahlprognosen zur

Bundestagswahl meine Eltern für all das verantwortlich machte, was ich in dem Säulendiagramm im Fernsehen auf mich zukommen sah. An Gespräche mit allen möglichen Menschen, die erst bekundeten, die Welt da draußen, die Krisen, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse – das gehe sie alles gar nichts an. Und aus denen im nächsten Moment die Erzählungen und Geschichten und mit ihnen die Hilflosigkeit, die Betroffenheit, die Wut, die Angst, der Schmerz hervorbrachen. All das ist meistens so viel näher an der Oberfläche, als wir zugeben wollen.

Zum Beispiel bei T., mit der ich über einen Bekannten spreche, der vor einer Weile arbeitslos geworden ist. *Aber das wird schon gut gehen. Er muss sich ja nur kümmern*, sagt sie. Bist du sicher?, entgegne ich. Nach einem kurzen Schweigen reden wir weiter – über Arbeitslosigkeit, Armut, die Angst vor dem sozialen Abstieg und darüber, was das bedeutet und was eine Gesellschaft, die das ignoriert, mit Menschen macht. Irgendwann, ich weiß gar nicht mehr, wie wir darauf gekommen sind, frage ich: *Hast du das Gefühl, dass du früher arm warst – und was bedeutet das für dich heute?* Und ich höre, wie sie am Telefon anfängt zu weinen.

Sobald wir uns für Menschen öffnen, entsteht eine tiefere Verbundenheit, als wir vermutet hätten. Einige Male laufe ich an C. vorbei, der vor meiner Bankfiliale steht, jeden Tag, und um Geld bittet. Irgendwann einmal bleibe ich stehen.

Ich habe nichts, sagt er. *Und ja, vielleicht ist das okay so. Ich will nicht einmal großartig Hilfe. Aber schau sie dir alle an: Sie schaffen es nicht einmal, mich anzusehen. Jetzt schwemmt diese Krise über uns hinweg, und natürlich wird die Wirtschaft gerettet. Was ist mit den Hilfen für Arbeitslose, für Arme, für Geflüchtete? Ihr geht demonstrieren – aber was ändert das denn? Das ist doch kein Zufall, das ist ein Scheißsystem.*

C. hat die Situation so viel besser zusammengefasst, als ich es könnte. Er fragt mich, was ich so mache den ganzen Tag. Und ich erzähle ihm, dass ich »so politisches Zeug« mache und gerade an einem Buch schreibe, das sich im Wesentlichen an seine Analyse anschließen soll. *Na ja, versuch es mal*, entgegnet er. *Ich glaub ja nicht, dass es was bringt.*

Es gibt verschiedene Nuancen dieser Aussage, und sie kommen häufig vor. *Ich kann gerade nicht mehr. Ich habe die Schnauze so voll.* Es gibt auch: *Heute hat sich etwas für mich verändert. Ab jetzt mach ich etwas anders. In diesem Moment bin ich fest überzeugt, dass Veränderung möglich ist.* Aber eben deutlich seltener.

Obwohl das »Ich« in diesen Sätzen eine Menge zu sagen hätte, reden wir über gesellschaftliche Krisen, als würden sie nur im Fernsehen und in Zeitungen existieren oder in Science-Fiction-Romanen. Oder wir verdrängen sie, wieder und wieder, als wäre Gleichgültigkeit eine Option. Aber das ist sie nicht – denn jede Krise betrifft sehr viele Menschen. Mal in unserer unmittelbaren Nähe, mal weiter von uns entfernt, mal uns selbst. Wie häufig, ist davon abhängig, in welcher gesellschaftlichen Position wir sind.

Die Verhältnisse toben in uns

Krisen sind persönlich. Die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie treffen überproportional häufig Menschen die ihre Lohnarbeit verlieren oder die in Kurzarbeit geraten und deren gesicherte Existenzgrundlage und Zukunftsperspektiven deshalb dahinschwinden. Eltern – vor allem Mütter –, die mit der entstehenden Zusatzbelastung wie dauerhafter Kinderbetreuung und *Homeschooling* alleingelassen werden. Menschen, die vereinsamen. Menschen, die erkranken und mit dem Virus kämpfen. Und

Menschen in sogenannten systemrelevanten Berufen, die das zurückgefahrenere gesellschaftliche Leben am Laufen halten und dafür wenig mehr als Applaus bekommen. Im Lockdown verstärken sich häusliche Gewalt, die vor allem Frauen und Kinder erfahren. Die Pandemie verhindert, dass die politischen Bewegungen der letzten Jahre weiter Druck aufbauen wie bisher.

Und sie verschärft die Not Geflüchteter, die Europa an seinen Außengrenzen menschenunwürdigen Bedingungen aussetzt. Der Kälte, dem Virus, dem Elend. Sie verstärkt die soziale Spaltung, die Ungerechtigkeit, die Armut und alle daraus erwachsenden Zukunftsängste. Sie prallt nicht nur auf ein lädiertes Gesundheitssystem, sondern auf Gesellschaften, die alles andere als krisenfest sind. Sie befeuert Verschwörungsglauben und das Selbstbewusstsein der Rechtsradikalen, die mobilmachen. Das verängstigt viele Menschen enorm. Kurz: Die Pandemie macht das sichtbar, was vorher schon krisenhaft war, und verstärkt es.

Spätestens seit dem letzten Jahr kennen viele von uns solche Gespräche wie die, deren Ausschnitte hier zusammengestellt sind. Es sind Momente, in denen aus Small Talk bedeutsame Gespräche werden. In denen die vermeintliche Gleichgültigkeit, die wir uns gegenüber politischen Geschehnissen angewöhnt haben, durchbrochen wird. Wir tun so, als wären sie für uns persönlich nicht so relevant. Aber natürlich sind sie das. Wir haben keine Wahl: Die Verhältnisse, sie toben in uns und zwischen uns.

Veränderung liegt in der Luft

Gerade weil das so ist, rumort es gesellschaftlich in den letzten Jahren. Immer mehr Menschen politisieren sich. Engagieren sich. Gehen auf die Straße und protestieren, in Deutschland und

weltweit. Manche suchen Halt in der Vergangenheit. Aber noch viel mehr Menschen blicken sorgenvoll in die Zukunft. Sie verwandeln ihre Unsicherheit, ihre Wut über Ungerechtigkeit, ihre Angst vor dem Morgen in Energie. Dann kämpfen sie gegen die Klimakrise, gegen Rassismus, gegen die Abschottung Europas, und für eine bessere Zukunft für alle. Immer mehr Menschen stellen politische und wirtschaftliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte infrage. Sie sind bereit, ihre eigenen Überzeugungen zu ändern. Immer mehr Menschen begreifen, dass ein »Weiter so« nicht reicht, sie schließen sich Initiativen an und engagieren sich politisch. Andere, die früher Bewegungen vorangebracht haben – ehemals in der Friedens-, Antiatomkraftbewegung, Teile der 68er oder ehemalige Häuserkämpfer*innen – entdecken ihre frühere Kampfeslust neu und stellen sich an die Seite vor allem der jungen Generation, weil sie wieder Hoffnung auf Veränderung gefasst haben. Manche fordern von den Verantwortlichen das erste Mal in ihrem Leben wirkliche politische Antworten ein und werden damit enttäuscht. Und viele, beispielsweise Gewerkschaften, haben nie aufgehört, Menschen zu organisieren. Veränderung liegt in der Luft. Bislang haben die Proteste noch nicht ausgereicht, aber sie sind deshalb nicht gescheitert. Im Gegenteil. Dass Veränderung möglich ist, wissen wir. Doch wie? Das ist die entscheidende Frage, deren Antwort noch (oder wieder einmal) aussteht.

Dieses Buch ist eine Suche nach der Antwort. Es soll die immer gleichen Einwände gegen notwendige Veränderungen entkräften und denen Argumente liefern, die gegen Zweifler*innen um sich herum ankämpfen. Es soll eine Wahanleitung für die sein, die zögern, ob sie bei der nächsten Bundestagswahl nicht doch mal etwas anders machen sollten. Dieses Buch soll den Aktivist*innen, die in den letzten Jahren an ihre Grenzen gegangen

sind, Hoffnung machen und die stille Mehrheit auffordern, sich an ihre Seite zu stellen und aus der Teilnahmslosigkeit auszubrechen. Und vielleicht muss es dann am Ende auch eine Anleitung zum Aufstand sein.

Kampf um die Machtverteilung in der Zukunft

Denn während Entscheidungsträger*innen betonen, Demokratie brauche Zeit und lebe vom Kompromiss, während Stimmen laut werden, die die Klimabewegung und andere Initiativen für gescheitert erklären, tobt immer deutlicher wahrnehmbar ein Kampf um die Machtverteilung in der Zukunft. Und mit jedem Tag verlieren wir Zeit, die wir brauchen, um ihn zu gewinnen. Normalerweise könnten wir uns daran festhalten, dass bestehende Krisen irgendwann – wenn auch viel zu spät – vorbeigehen und andere, zum Beispiel eine neue Wirtschaftskrise oder eine weitere Gesundheitskrise, abwendbar sind. Aber ausgerechnet in unserer Gegenwart gibt es kein *normalerweise* mehr. Wenn Politiker*innen und Interessenvertreter*innen in der Corona-Krise eine Rückkehr zu einem alten oder neuen oder wie auch immer gestalteten »Normalzustand« versprechen, frage ich mich, was damit gemeint sein soll. Als wäre die Welt vor der Corona-Krise in Ordnung gewesen. Der Normalzustand unserer Gesellschaft ist, das zeigten die letzten Jahre, die Krise.

Im Krisenmodus

Alles, was ich politisch kenne, sind Krisen. Finanzmarktkrise, Tausende Tote im Mittelmeer, Klimakrise und Naturkatastrophen, Hungerkrise, unsichere Arbeitsperspektiven und Sozialabbau, wachsende soziale Ungleichheit, das Erstarren rechter und

reaktionärer Kräfte, jetzt eine Pandemie. Fast alle politischen Ereignisse, die ich bewusst erlebt habe, sind durchzogen von Erzählungen von Krisen. Vergangenen, bestehenden, zukünftigen. Ich schaue in die Vergangenheit, betrachte die Gegenwart, blicke in die Zukunft – und die Aussicht ist überall gleich. Wir wanken von einem Ausnahmezustand zum nächsten, getragen vom Glauben, es werde schon irgendwann wieder gut werden.

Spätestens in den vergangenen Jahren ist ein Status dicht aufeinanderfolgender Krisenzustände eingetreten. Wir leben nicht mehr in vereinzelt Krisensituationen, sondern in einer Krisenzeit, in der ständig neue Ausnahmezustände auf uns wirken. Und trotzdem – oder gerade deshalb – müssen wir alles daran setzen, weitere Krisen zu verhindern oder sie in ihren Ausmaßen zu begrenzen. Dazu können wir nicht an der Oberfläche verbleiben, sondern müssen die Ursachen des dauerhaften Ausnahmezustands beseitigen und die Gestaltung einer besseren Zukunft für alle in Angriff nehmen. Damit ist vor allem große Unsicherheit verbunden – darüber, ob das grundsätzlich möglich ist, wie diese Zukunft aussehen könnte, ob die Veränderung gelingt. Aber eines ist sicher: Einen Versuch ist es wert.

Wenn wir darüber sprechen, wie während der Corona-Pandemie die Wirtschaft angekurbelt wird, aber Dutzende Millionen vergessen werden, wenn wir über soziale Krisen debattieren, über ein Europa, das sich abschotten und andere ausbeuten kann, aber ansonsten recht handlungsunfähig erscheint, über die Missachtung von Menschenrechten, über die Klimakrise oder darüber, dass wir uns nach und nach vereinzeln: Dann müssen wir auch darüber sprechen, woher das kommt und welches Bild unserer Realität sich darin bricht. Denn in jeder Krise unserer Zeit spiegelt sich der Exzess und Verfall des darunterliegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems.

Man könnte jede beliebige Krise dafür als Beispiel heranziehen. Aber ich will mit der Klimakrise beginnen, weil sie die Mängel brutal vergegenwärtigt. Sie ist so groß und für viele immer noch so wenig greifbar, dass sie, vor allem in Ländern wie Deutschland, weit weg und sehr abstrakt scheint. Das birgt die Gefahr, dass sie unterschätzt wird. Und in der Tat wird sie das, immer noch. Dabei wirft sie alles, was wir über Notsituationen wissen, über Bord. Sie lässt nicht zu, dass wir Vergleichsszenarien heranziehen, auf die wir uns berufen können und die uns die Sicherheit des scheinbar Vertrauten, schon Erprobten geben könnten. Sie erreicht unvorstellbare Ausmaße, sie hat kein absehbares Ende – und sie eskaliert weiter und weiter, jeden Tag. Ausmaß und Komplexität der Klimakrise sorgen dafür, dass wir uns als Einzelne machtlos im Umgang mit ihr fühlen. Vor allem aber ist sie kein Problem, das sich in einem abgrenzbaren gesellschaftlichen Bereich abspielt. Die ökologische Eskalation, Klimaerhitzung und Biodiversitätskrise sind nur ein Teil des Krisen-Konglomerats, das längst Teil unserer Gegenwart ist. Die Klimakrise fungiert als Metakrise: Sie verschärft die einzelnen Krisensituationen, denen wir uns unmittelbarer ausgesetzt fühlen. Sie stellt Zusammenhänge zwischen den Krisen her und führt sie zusammen zu einer Systemkrise.

Diese Krise stößt uns auf die Verantwortlichen für den Status quo und auf die Gegner*innen von Veränderung. Sie offenbart alle politischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und Machtstrukturen. Ihre Eskalation wirft ein Spotlight auf die politischen Kämpfe der Gegenwart und Zukunft. Und sie konfrontiert alle Menschen mit der Frage, welche Rolle sie darin einnehmen werden. In dieser Funktion ist die Klimakrise uns allen sehr nahe – und es ist notwendig, dass wir sie auch als persönliche Krise begreifen. Denn sie offenbart die Gemeinsamkeiten der

aktuellen Wirtschafts-, Sozial-, Gerechtigkeits- und Demokratiekrise: Im Kern sind sie Kämpfe der wenigen Mächtigen gegen die Vielen ohne Macht.

Es gilt, sie zugunsten der Vielen zu entscheiden. Dazu sollten wir beginnen, häufiger ehrlich über Politisches zu sprechen. Weil es etwas mit uns zu tun hat. Weil es uns betrifft und uns nahe ist. Wir können über Krisen sprechen und uns in unseren Emotionen verbinden, statt uns zu vereinzeln. Auf dieser Grundlage müssen wir anfangen, uns entsprechend zu organisieren. Denn es ist notwendig, und die Zeit drängt. Und es ist ehrlicherweise auch der einzige Weg – denn der andere hieße, einfach aufzugeben.

KLIMA – DIE KATASTROPHE, DIE KEINE HÄTTE WERDEN MÜSSEN

Die Klimakrise hätte eine Katastrophenwarnung bleiben können. Die Chancen, sie abzuwenden und katastrophale Folgen der globalen Erderhitzung zu verhindern, waren gut. In den zurückliegenden vierzig Jahren gab es viele unübersehbare Warnsignale, die zeigten, dass wir handeln müssen. Bereits 1979 fand die erste Weltklimakonferenz statt. Der SPIEGEL bedachte dieses Ereignis mit dem Titel »Tod im Treibhaus«.¹ Es folgten vier Jahrzehnte mit unzähligen Erklärungen seitens der Regierungen, man habe verstanden und werde die Gefahr beseitigen. Vierzig Jahre lang wurde die Öffentlichkeit von Wissenschaftler*innen, NGOs und Aktivist*innen mit immer präziseren Daten und fundierten beängstigenden Prognosen versorgt. Aber die sich anbahnende Gefahr wurde nicht wirksam bekämpft – und eskalierte weiter. Während die unverbindlichen Beteuerungen, das Problem ernst zu nehmen, häufiger wurden, stiegen auch die CO₂-Emissionen. Und die exzessive Ausbeutung der Natur und der Arbeitskraft von Menschen wurde nicht beendet. Die Profite wuchsen und wuchsen, und mit ihnen auch die Kosten dieser Entwicklung, die in die Zukunft verlagert wurden. Vierzig Jahre lang leugneten die Verursacher*innen faktisch die Gefahren der entstehenden Klimakrise, indem sie ein wirtschaftliches »Weiter so« der Option vorzogen, sich verantwortlich zu zeigen und Lösungsversuche zu organisieren.

Die Geschichte der Klimakrise ist mehr als die Entwicklung einer ökologischen Krise. Sie ist ein Spiegelbild davon, welche

Ausmaße von Zerstörung insbesondere reiche Industrienationen und transnational aufgestellte, fossile Konzerne in Kauf genommen haben, um Erfolgsgeschichten von unendlichem Wachstum, Wohlstand und Konsum zu schreiben. Infolgedessen sind wir heute an einem Punkt angelangt, wo absehbar ist, dass unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem sich noch in diesem Jahrhundert selbst an den Abgrund führt.

Diese Entwicklung ist nicht unwidersprochen geblieben. Die Wissenschaftler*innen warnten immer eindringlicher und verzweifelter. Diejenigen, auf deren Kosten die wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten großer Industrienationen und Konzerne geschrieben wurden, erhoben unzählige Male ihre Stimme. Aber die Proteste von Menschen aus dem sogenannten Globalen Süden und von indigenen Völkern wurden übertönt oder bewusst überhört, vor allem, da diese im globalen Kontext nicht ausreichend repräsentiert und dementsprechend nicht mächtig genug waren. Dennoch organisieren sich seit Jahrzehnten auch im Globalen Norden immer mehr Menschen in einer breiten Umweltbewegung für konsequentes Handeln, um die Klimakrise abzuwenden.

Die Begriffe des Globalen Nordens und Südens sind losgelöst von der geografischen Bedeutung, vielmehr bezeichnen sie Positionen in der globalisierten Welt. Unter dem Globalen Norden versteht man die reichen Industrieländer in entsprechend privilegierten Positionen, mit dem Begriff des Globalen Südens werden die im globalen Machtgefüge weniger privilegierten Länder zusammengefasst.

2009: Klimakonferenz-Desaster in Kopenhagen

Im Dezember 2009 fand in Kopenhagen mit der UN-Klimakonferenz eine der größten Konferenzen aller Zeiten statt. 27 000 Menschen nahmen daran teil, darunter über 10 000 staatliche Delegierte. Die Konferenz sollte einen Aufbruch in der Klimapolitik markieren, stattdessen verkam sie zu einem diplomatischen Desaster. Das beschämende Ergebnis der Tagung war eine unverbindliche, von den Vertragsstaaten nur »zur Kenntnis« genommene Erklärung, die Erderhitzung auf weniger als zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzen zu wollen. Dass so wenig dabei herauskam, dafür tragen vor allem die reichen Industrieländer Verantwortung, die nur unverbindliche Minimalkompromisse auszuhandeln bereit waren. US-Präsident Obama und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel reisten ab, ohne sich auch nur mit anderen Ländern abgestimmt zu haben. Den Medien wurde die Berichterstattung über diese Veranstaltung so sehr erschwert, dass die deutschen Fernsehsender ARD und ZDF sogar einen Protestbrief aufsetzten.

In der Abschlussbesprechung der Konferenz spricht ein Teilnehmer in aller Deutlichkeit aus, welche brutalen Folgen die Klimakrise für viele Menschen haben wird, wenn die reichen Industrienationen weiter untätig blieben. »Heute Morgen bin ich weinend aufgewacht«, erzählt Ian Fru mit zitternder Stimme, als er um 3:15 Uhr in der Nacht das Wort ergreift. »Denn das Schicksal meines Landes liegt in euren Händen.«² Ian Fru ist der Vertreter von Tuvalu. Der nördlich von Neuseeland gelegene pazifische Inselstaat ist der viertkleinste Staat der Erde und liegt nur wenige Meter über dem Meeresspiegel. Fru muss nicht weit ausholen, um zusammenzufassen, was die Klimakrise und eine Erderhitzung von mehr als 1,5 Grad Celsius in Verbindung mit dem dadurch verursachten Anstieg des Meeresspiegels für seine

Nation bedeuten wird: den Tod. Seine Rede erntet großen Applaus. Aber als dieser verhallt, bleibt nichts übrig, was an der deprimierenden Aussicht etwas ändern würde.

Die kanadische Autorin Naomi Klein schreibt im Nachgang der Konferenz: »Diesen Abend habe ich als den Moment in Erinnerung, als die Klimabewegung erwachsen wurde. Es war der Moment, als uns allen wirklich bewusst wurde, dass niemand zu unserer Rettung kommen würde. [...] Es ist tatsächlich so, dass wir ganz auf uns allein gestellt sind, und jede echte Hoffnung in dieser Krise wird von unten kommen müssen.«³ Das sind ähnliche Erlebnisse, wie sie heute viele Klimaaktivist*innen beschreiben, die seit Jahren Menschen für den Klimaschutz mobilisiert haben – und immer wieder mit Politiker*innen und Unternehmensvorständen konfrontiert sind, die ihre eigenen verbindlichen Zusagen und ihre Verantwortung nur dann einhalten und wahrnehmen, wenn sie der Erhaltung der eigenen Machtposition dienen.

Immer wieder haben gerade junge Menschen die offene Konfrontation mit Entscheider*innen gesucht. Die damals 22-jährige Klimaaktivistin Anjali Appadurai beispielsweise schleuderte 2011 vor der UN-Klimakonferenz in Dunbar den Entscheider*innen entgegen: »Was braucht es, um in diesem Spiel mitspielen zu können? Lobbyist*innen, Unternehmenseinfluss, Geld? Ihr verhandelt schon mein ganzes Leben lang. Und in dieser Zeit habt ihr Zusagen nicht eingehalten, Ziele verfehlt, Versprechen gebrochen.« Als sie ihre Rede beendet hatte, hallte eine Stimme aus einer Gruppe von Aktivist*innen durch den Raum. Es war eine unmissverständliche Aufforderung: *Get it done.*

2015: Der Hoffnungsschimmer des Pariser Klimaabkommens

Die UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 bot eine weitere Chance, diesem Appell zu folgen. Und sie wurde mit der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens augenscheinlich genutzt. Dieses enthält 29 Artikel, die zahlreiche Maßgaben zur Kooperation in der Bewältigung der Klimakrise, zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen und unterschiedlichen Verantwortlichkeitsstufen der Vertragsparteien auflisten. Als Ziel wurde formuliert, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf unter zwei und möglichst unter 1,5 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen, indem Treibhausgasemissionen gesenkt werden. Vorgeesehen sind außerdem Anpassungen an Folgen eines veränderten Klimas, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen der Klimakrise sowie die Lenkung von Finanzmitteln im Einklang mit Klimaschutzzielen. Alle Vertragsparteien verpflichteten sich, nationale Klimaschutzpläne zu erarbeiten und umzusetzen.

Die Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens war ein großer Schritt nach vorn. Allerdings wurden auch hier die Kernfragen vermieden: Zum Beispiel findet sich in dieser Vereinbarung von 2015 kein einziger Hinweis auf fossile Energieträger als Hauptverursacher der Klimakrise.⁴ Das Wort »Klimagerechtigkeit« kommt nur in Anführungszeichen vor; und jede Formulierung, die Reparationen oder entstehende Rechtsansprüche andeuten würde, wird vermieden.⁵ Und damit werden zwei entscheidende politische Konfliktlinien ausgespart.

Der Journalist Bernhard Pötter zog anlässlich des fünften Geburtstags des Pariser Abkommens in der Tageszeitung *taz* eine Zwischenbilanz: »Kaum ein wichtiges internationales Abkommen

wird gleichzeitig so unter- und überschätzt wie dieser Vertrag.« Dass fast 190 Staaten Vertragsparteien des Übereinkommens wurden, ist ein großer Schritt in der internationalen Klimapolitik. Aber es fehlten konkrete Handlungsanweisungen. Das Abkommen sehe zwar vor, Vorschläge einzusammeln und Staaten zur Verbesserung zu zwingen. Aber ob und wie die Klimaschutzpläne umgesetzt werden, dazu mache der Vertrag keine Aussage.⁶

Tatsächlich wurde die Umsetzung der Maßnahmen auch in Deutschland verschleppt. Die nationalen Selbstverpflichtungen sind bislang schlicht nicht ausreichend, um die vorgesehene Begrenzung der Erhitzung zu erreichen, wie im Februar 2021 auch der Klimabericht der Vereinten Nationen unter dem Stichwort »Alarmstufe Rot für unseren Planeten«⁷ feststellte. Die 1,5-Grad-Grenze ist in weite Ferne gerückt. Denn die bisher verabschiedeten politischen Maßnahmen würden für einen Temperaturanstieg von etwa drei Grad Celsius sorgen.⁸

In der Realität hat das Abkommen also nicht genug bewegt. Aber es als gänzlich wirkungslos einzuordnen wäre ein voreilig gefälltes und falsches Urteil. Denn auf seiner Grundlage entsteht öffentlicher Druck: Die Klimagerechtigkeitsbewegung fordert weltweit politische Entscheider*innen heraus. Städte, Regionen und auch Unternehmen werden aktiv und arbeiten an eigenen Zukunftsszenarien. Weltweit liegen bei Gerichten sogenannte Klimaklagen vor, in denen Betroffene bereits eingetretener Klimaschäden sich auf das Pariser Abkommen berufen und Schadensersatz von maßgeblichen Verursacher*innen verlangen.

Die Zukunft hat längst begonnen

Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um dem öffentlichen Druck und dem vielen Reden über die Klimakrise endlich auch tiefgreifende Veränderungen folgen zu lassen. Denn allein darauf kommt es an. Trotz aller Aufforderungen und Versprechen sind wir jetzt mit einem Wettlauf gegen die Zeit konfrontiert. Vierzig Jahre, in denen nicht oder zu wenig gehandelt wurde, haben dafür gesorgt, dass heute selbst das *Best-Case*-Szenario der Zukunft eine Katastrophe darstellt. Während Entscheidungsträger*innen sich heute noch immer auf die immer gleichen Ausflüchte zurückziehen, hat sich die Klimakrise auf furchterregende Weise beschleunigt.

Nach all den unzähligen weiteren Aufforderungen, Appellen und Verhandlungen und insbesondere nach Greta Thunbergs Rede auf dem UN-Klimagipfel vor zwei Jahren, in der sie den Entscheidungsträger*innen die katastrophalen Folgen der Klimakrise entgeschleuderte, ist das alles längst nichts Neues mehr. Als sie 2019 beim Weltwirtschaftsforum eindringlich forderte: »Ich will, dass ihr Panik habt«, da hatte es bereits seit vierzig Jahren Anlass zur Panik gegeben.

Das Jahr 2017 fasst Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung folgendermaßen zusammen: »Weltweit zeigt sich in diesem Jahr all das, wovor die Klimaforscher*innen seit Langem warnen.« In Arizona konnten Flugzeuge wegen Hitze wellen nicht mehr starten. In Portugal, Spanien, Kanada, Kalifornien, Brasilien und sogar Grönland wüteten verheerende Waldbrände, und nach Extremregen gab es Überflutungen in Südasien, Peru und Italien. Tauender Permafrost und Eisrückgang sorgten für Bergstürze; Dürre verursachte Hungerkrisen im Südsudan, in Somalia, in Jemen. Houston stand unter Wasser, die Karibikinseln waren verwüstet durch eine Hurrikansaison im Atlantik.⁹

Die Klimakrise ist kein Zukunftsthema, sondern sie tobt in der Gegenwart.

Deutschland gehört zu den Nationen im Globalen Norden, die die Klimaveränderungen am wenigsten zu spüren bekommen. Aber auch hier erhalten wir schon einen Vorgeschmack auf das, was auf uns zukommen wird. In den letzten Jahren zog im Sommer der Feuergusch von Waldbränden in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern durch Berlin. Plötzlich fühlte sich die Zerstörung sehr nah an und sorgte für Besorgnis. Aber die Beunruhigung verflog mit den letzten Brandschwaden, und alles ging weiter seinen Lauf. Nachdem es 2018 und 2019 in Deutschland viel zu wenig geregnet hatte und dies in den Wintermonaten nur zum Teil ausgeglichen wurde, herrschte vielerorts bis in die tieferen Bodenschichten eine außergewöhnliche Dürre. Das Umweltbundesamt warnte 2020 unter anderem deswegen eindringlich davor, dass in Zukunft Wasser knapp werden könne, obwohl Deutschland ein sehr wasserreiches Land ist.¹⁰

Die Menschheit operiert in riesigen natürlichen Systemen und richtet dort verheerenden Schaden an. Die Klimakrise und der Verlust der Biodiversität verursachen Zerstörung ungekannten Ausmaßes: Der Meeresspiegel wird steigen, die Gletscher schmelzen, ganze Klimazonen und Vegetationszonen verschieben sich, Lebensräume für Menschen und Tiere werden zerstört oder verändern sich drastisch. Wie auch immer genau die Klimakrise verlaufen wird: Sie bringt unweigerlich häufigere Waldbrände mit sich. Immer stärker und immer öfter werden Wetterextreme auftreten. Die Klimakrise bedeutet Hitzewellen, Stürme, Dürren, Überflutung, Missernten – um nur ein paar der Folgen zu nennen. Hunger, Wassermangel, Krankheiten und Armut werden sich verschärfen und mit ihnen auch Fluchtbewegungen und Verteilungskämpfe.

Die Folgen der Klimaerhitzung treten nicht einzeln oder voneinander unabhängig ein, sondern häufig gleichzeitig, einander bedingend, sich summierend.¹¹ Kaum jemand kann sie sich konkret vorstellen, und genau das ist Teil des Problems. Denn die Klimafolgen sind nicht »nur« abstrakte Veränderungen der Natur, denen entsprechende physikalische Berechnungen zugrunde liegen. Sie betreffen sehr konkret menschliches Leben und Überleben. Bei Forderungen nach Klimagerechtigkeit geht es um Millionen von Menschen, die in den verletzlichsten Regionen der Erde überproportional von Klimaveränderungen betroffen sind, auch bezeichnet als MAPA (*Most Affected People and Areas*), von denen viele auf der Flucht sein werden oder sterben, und zwar bei jedem der jetzt noch erreichbaren Szenarien. Eine Erhitzung um 1,5 Grad Celsius stellt nur das Minimum dessen dar, was heute im Rahmen des Möglichen liegt. Es gibt Prognosen für Erhitzungspfade bis über 4,5 Grad Celsius Erderwärmung.

Eine Erhitzung um 1,5 Grad Celsius ist nur deshalb ein *Best-Case*-Szenario, weil die Hoffnung besteht, dass dann entscheidende Kipppunkte möglicherweise nicht überschritten werden. Diese Kipppunkte sind kritische Schwellen im Klimasystem, bei deren Überschreiten weitreichende, selbstverstärkende und irreversible Veränderungen in Gang kommen. Sie betreffen Prozesse wie das Schmelzen des sommerlichen Eises in der Arktis, das Schmelzen des grönländischen Eisschildes, die Reduzierung des tropischen Regenwaldes, den Kollaps des indischen Sommermonsuns, den Schwund der borealen Wälder oder die Abnahme der atlantischen thermohalinen Zirkulation, einer Kombination von Meeresströmungen, die vier der fünf Ozeane miteinander verbindet und die einen größeren Zufluss von Süßwasser bewirkt. Deshalb ist eine Erhitzung um »nur« 1,5 Grad Celsius kein politisches Ziel, über das verhandelt werden kann. Sondern

eine Grenze, die einzuhalten wir mit aller Kraft versuchen müssen. Egal, wie gering die Wahrscheinlichkeit dafür sein mag. Verhandlungen lassen sich neu aufnehmen, und politische Entscheidungen können revidiert werden. Unkontrollierbare Kettenreaktionen in unseren Ökosystemen dagegen, die eintreten, sobald ihre Kipppunkte erreicht sind, nicht. Wenn die Kettenreaktionen einmal ausgelöst sind und die Erderhitzung in Gang gesetzt ist, liegt es außerhalb der menschlichen Macht, sie zu bremsen. Dann verstärken sie sich selbst und eskalieren.¹² Bei ökologischen Kipppunkten gibt es keine zweite Chance, kein »Beim nächsten Mal machen wir es besser« oder »Mehr war leider nicht drin«. Wir haben keine andere Wahl, als es beim ersten Mal gut zu machen.

Nicht das Pathos von Klimaaktivist*innen schafft diese Regeln. Vielmehr sind es die Regeln der Natur. Es ist an der Zeit, dass wir Menschen aufhören, uns als Herrscher*innen über unbeherrschbare Prozesse aufzuspielen. Denn wir beherrschen damit nicht die Natur zu Tode, sondern uns selbst.

Wir rasen auf ein *Worst-Case-Szenario* zu

Heute schon hat sich die Erde seit der Industriellen Revolution um circa ein Grad Celsius erhitzt.¹³ In den meisten Tier- und Pflanzengruppen ist jede vierte Art vom Aussterben bedroht.¹⁴ Längst stellen die Klimakrise und das Massensterben von Tier- und Pflanzenarten die zwei größten ökologischen Probleme der Gegenwart dar.¹⁵ Bereits 2015 haben wir bei vier von neun Säulen, die man planetare Grenzen nennt und auf denen unsere Ökosysteme ruhen, die kritischen Schwellenwerte über- oder unterschritten: beim Klima, bei der Biodiversität, mit der menschlichen Landnutzung und in biochemischen Kreisläufen.¹⁶ Mit der